

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Herta Mikesch, Dipl.-Ing. Maximilian Hofmann,

Kolleginnen und Kollegen

betreffend Maßnahmen der Bundesregierung für Wachstum und Beschäftigung

Europas Wirtschaft insgesamt leidet seit mehreren Jahren an einer Wachstumschwäche. Doch mehrten sich im 2. Halbjahr 2005 die Zeichen für eine konjunkturelle Erholung im Euroraum; der Euroraum folgt derzeit einem Aufwärtstrend. Das kräftige Wachstum der Weltwirtschaft kommt bei sinkendem Euro-Kurs verstärkt den Exporten zugute. Österreichs Wachstumsraten liegen seit 2003 über jenen der EU-15 bzw. EU-25.

Das WIFO hat im Dezember 2005 seine Wachstumsprognose erhöht. Für das Jahr 2005 gehen sowohl das WIFO als auch das IHS von einem Wachstum von 1,9 % aus. Für das Jahr 2006 liegen die Prognosen mit 2,4 % (WIFO) bzw. 2,3 % (IHS) deutlich höher.

Österreichs Wirtschaft hat in der 2. Jahreshälfte 2005 an Dynamik gewonnen und die heimische Konjunktur hat sich seit Jahresmitte 2005 gefestigt. Die Konjunkturerholung wird im Wesentlichen von den Exporten und Investitionen getragen. Darüber hinaus wirkt sich die abzeichnende konjunkturelle Verbesserung bei unserem Haupt-handelspartner Deutschland besonders positiv auf das heimische Wachstum aus.

Seit einigen Monaten deuten die Unternehmensumfragen im Euroraum auf eine Belebung der Konjunktur hin. Auch in Österreich zeigen die Befragungen im November eine weitere leichte Verbesserung der Auftrags- und Geschäftslage.

Hohe Wettbewerbsfähigkeit, niedrige Inflationsraten und eine – auch im internationalen Vergleich – noch immer geringe Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig stetig ansteigender Beschäftigung sind dafür sichtbare Zeichen.

Zusätzlich zur stabilitätsorientierten Finanzpolitik, die darauf abzielt, öffentliche Ausgaben zu senken, um Spielraum für Zukunftsinvestitionen zu schaffen, wurden zur richtigen Zeit die richtigen Maßnahmen seitens der Bundesregierung ergriffen.

Die österreichische Bundesregierung hat seit 2001 eine Reihe von kurz- und langfristigen Initiativen getroffen. Mit diesen Schritten wurden das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung erhöht. Die Konjunkturbelebungsprogramme I und II im Frühjahr und Herbst 2002, das Wachstums- und Standortpaket im Herbst 2003, das Wachstums- und Beschäftigungsgesetz 2005 (unter anderem mit einem zusätzlichen Forschungsschwerpunkt von 1,3 Mrd.€), die regionale Wachstums- und Beschäftigungsoffensive 2005/2006, aber auch die größte Entlastung der vergangenen Jahrzehnte für Unternehmer und Konsumenten durch die Steuerreformen der Jahre 2004/2005 mit einem Volumen von 3 Mrd.€ haben zur richtigen Zeit die richtigen Impulse gesetzt.

Die Eckpunkte des Wachstums- und Beschäftigungsgesetzes wurden am 1. Mai 2005 im Rahmen des Reformdialoges „Wachstum und Arbeit“ ausführlich mit den Sozialpartnern diskutiert. Diese Ergebnisse bildeten den Kern des nationalen Reformprogramms im Rahmen der Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung der Europäischen Union, welches Mitte Oktober 2005 an die Europäische Kommission übermittelt wurde. Nach der Bewertung von WIFO bzw. BMF werden diese Wachstumsinitiativen bis zu 1 % an zusätzlichem Wachstum im Jahr 2006 bewirken; für die Hälfte davon ist die Steuerreform 2004/2005 verantwortlich.

Trotz des schwierigen konjunkturellen Umfeldes konnten durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik Erfolge erzielt werden. Mit 1.555 Millionen € hat der Mitteleinsatz im Jahr 2005 für aktive Arbeitsmarktpolitik einen neuen Höchststand erreicht. Der Anteil dieser Maßnahmen am BIP betrug 0,69 Prozent und hat sich damit seit 1999 mehr als verdoppelt. In Österreich hat die Zahl der unselbständig Beschäftigten – trotz schwierigen internationalen konjunkturellen Umfeldes - in der Folge von 2000 bis 2005 um 102.605 zugenommen.

Während es dieser Bundesregierung somit gelang, die Gesamtbeschäftigung von 3.133.173 Beschäftigten im Jahr 2000 auf einen Rekordwert von 3.236.343 im Jahresdurchschnitt 2005 zu heben, musste in Wien im Vergleichszeitraum ein Rückgang der Beschäftigten von 770.660 auf 756.506 hingenommen werden.

Darüberhinaus hält die Bundeshauptstadt Wien im Jahresdurchschnitt 2005 mit einer Arbeitslosenquote von 9,7 % den traurigen österreichischen Rekord. Die österreichweit höchste durchschnittliche Verweildauer in der Arbeitslosigkeit mit 151 Tagen (Jahresdurchschnitt 2005) hat ebenfalls Wien aufzuweisen. Seit dem Jahr 1996 sind allein in der Sachgüterproduktion in Wien 31.300 Arbeitsplätze verloren gegangen.

Im Vergleich dazu nimmt die Industriebeschäftigung außerhalb Wiens jährlich um rund 500 Personen zu. So ist die Beschäftigung im Sektor Metall/Elektronik seit 1996 um 21.800 Personen gestiegen, im Fahrzeugbau um 12.200 und in der Chemie um knapp 2.000.

Als Gründe für die Betriebsabwanderungen, von denen zu 50 % das Wiener Umland profitieren, führt das Industrierwissenschaftliche Institut unter anderem an:

- Bürokratie (Bewilligungsdauer, komplizierte Amtswege)
- Ruhender Verkehr (Parkraumbewirtschaftung, Ladezonenproblematik)
- Rechtslage (Bauordnung, Umweltauflagen)
- Politik (fehlendes Interesse am Halten der Betriebe, kein Bekenntnis zum Produktionsstandort Wien)
- Flächen (Grundstückspreise, Anrainerprobleme)

⇒ Ein tristes Bild für die Zukunft des Wiener Arbeitsmarktes zeichnet <sup>der</sup> ~~der~~ AMS-Wien Geschäftsführer Finster, der ein deutliches Absinken der Arbeitslosenzahlen in Wien jedoch auch durch zusätzliche Mittel kaum für möglich hält. Dazu fehlen seiner Einschätzung zufolge offene Stellen, die aber nur durch ein anziehendes Wachstum entstehen könnten.

Die schlechte wirtschaftliche Lage der Bundeshauptstadt spiegelt sich auch in der Zahl der Sozialhilfeempfänger wider, die sich laut Vizebürgermeister Rieder (Rathauskorrespondenz vom 22.11.2005) seit 2000 fast verdoppelt hat. Im Jahr 2000 bekamen in Wien rund 41.700 Personen Sozialhilfe, 2006 werden das laut Schätzungen etwa 80.000 sein.

Das von dieser Bundesregierung initiierte Beschäftigungsförderungsgesetz 2005 mit einem Volumen von 285 Mio. € bietet mit seinen Schwerpunkten Lehre und YOBS-FORYOU(TH) für Jugendliche, Pflege- und Gesundheitsberufe, Wiedereinstieg von Frauen, sowie dem Kombilohnmodell 61.500 Personen bessere Qualifikationen und Beschäftigung. Damit werden 2006 mit einem Rekordbudget von rund 1.770 Millionen € um rund 1 Milliarde € oder 133% mehr im Kampf gegen Arbeitslosigkeit eingesetzt als im Jahr 1999.

Erste Erfolge zeigen sich bereits, so waren Ende Dezember 2005 mit 122.378 um 3.307 (+2,8%) mehr Lehrlinge in Beschäftigung als im Vorjahr. Mit 38.552 Jugendlichen haben um 7,3% mehr Personen mit einer Lehre begonnen.

Die Bildungspolitik ist ein wesentlicher Schwerpunkt der österreichischen Standortpolitik. Das österreichische differenzierte Schulsystem mit den Allgemein Bildenden Höheren Schulen, der dualen Berufsausbildung und den Mittleren und Höheren Berufsbildenden Schulen bereitet unsere Jugendlichen durch einen praxisnahen Unterricht bestens auf die Arbeitswelt vor.

Die Fachhochschulen wurden in den vergangenen Jahren zügig ausgebaut. Heute studieren mit rund 24.000 Personen doppelt so viele vorwiegend junge Menschen an Österreichs Fachhochschulen wie noch im Jahr 2000.

Unser Ausbildungssystem trägt wesentlich dazu bei, dass Österreich mit 10,2 % eine der niedrigsten Jugendarbeitslosenquoten in Europa aufweisen kann. Die Universitätsmilliarde gibt den österreichischen Universitäten die Möglichkeit, ihre Stärken auf höchstem Niveau weiterzuentwickeln.

Die wirtschaftlichen Fakten zeigen die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und beweisen die Richtigkeit der Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung.

Mit 3.236.343 Beschäftigten im Jahrdurchschnitt 2005 wurde erneut eine Rekordbeschäftigung verzeichnet.

Österreichs Wirtschaft verzeichnete im Jahr 2005 mit einem Exportvolumen von 94,8 Mrd.€ (+5,6 %) wieder einen Rekord. Die Exportquote erreichte mit 40,1 % (inkl. Dienstleistungen 53,8 %) einen neuen Höchststand. Damit ist die 100 Mrd. EURO-Exportschwelle für 2006 greifbar nahe.

Im Jahr 2005 wurden in Österreich mit 31.625 Unternehmen um 1.885 Unternehmen mehr gegründet als im Jahr davor (in der Vorjahresvergleichsperiode + 1.418).

Österreich befindet sich seit dem Jahr 2000 auf dem wirtschaftspolitisch richtigen Kurs, was auch durch Studien internationaler Organisationen wie OECD, IWF etc. anerkannt wird. Um weiterhin im internationalen Standortwettbewerb erfolgreich sein zu können und damit ein Maximum an Beschäftigung zu schaffen, muss dieser Kurs konsequent weiterverfolgt werden.

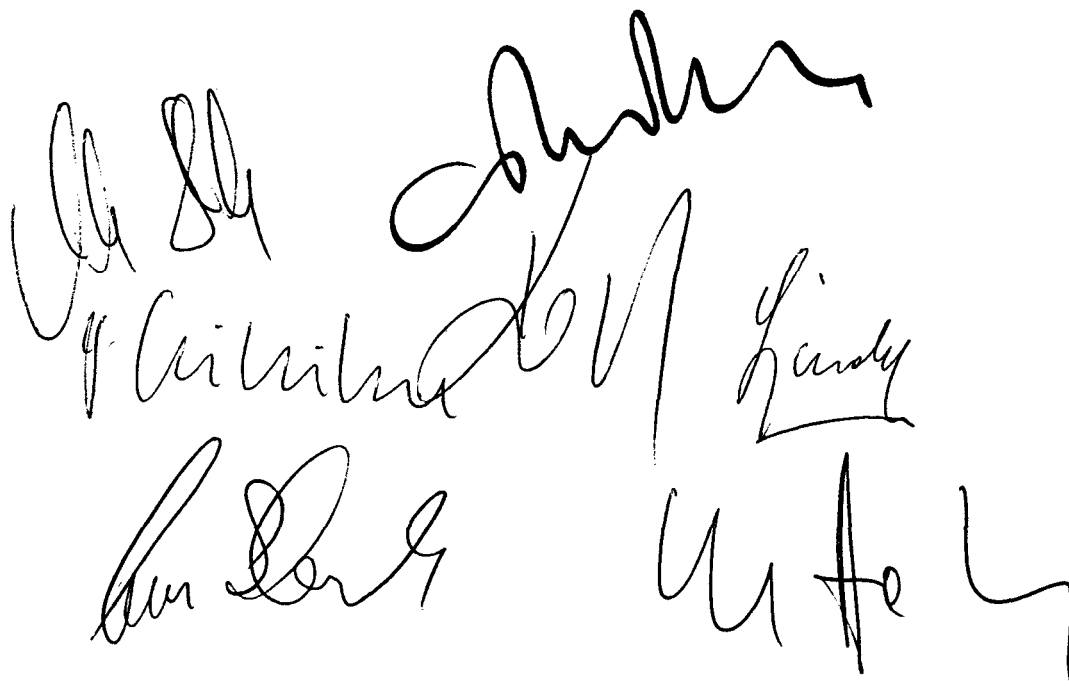
Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

**Entschließungsantrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Nationalrat begrüßt die aktuellen Wachstums- und Beschäftigungsoffensiven der Bundesregierung. Die zuständigen Bundesminister werden ersucht,

- die Umsetzung der beschlossenen Initiativen, insbesondere die Qualifikationsoffensive Unternehmen Arbeitsplatz rasch voranzutreiben, um somit möglichst rasch die Chancen von arbeitslosen Menschen für eine erfolgreiche Reintegration in den Arbeitsmarkt zu steigern,
- den erfolgreichen Weg der Lehrlingsförderung fortzusetzen,
- das Ziel einer Forschungsquote von 3 Prozent konsequent weiter zu verfolgen, und dadurch, im Zusammenwirken mit den gesetzten bildungspolitischen Maßnahmen Österreich zu einem führenden Wissens- und Innovationsstandort weiterzuentwickeln,
- den mit der Steuerreform 2004/2005 begonnenen Weg einer Vereinfachung des Steuersystems und steuerlichen Entlastung mit dem Ziel der Absenkung der Abgabenquote bis 2010 auf unter 40 Prozent konsequent fortzusetzen
- investitionsfördernde und arbeitsplatzsichernde bzw. -schaffende Maßnahmen für die klein- und mittelständische Wirtschaft fortzusetzen sowie
- gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass im Sinne einer stabilitätsorientierten Politik die Budgetdisziplin gewahrt bleibt.“



Handwritten signatures of several members of the National Council of Austria, including names like Schuberth, Gander, and others.